

Congreß in Baden-Baden

und

seine nächsten Folgen.



Leipzig

Verlag von Otto Wigand.

1860.

Während der politischen Bewegungen und Besorgnisse, welche jetzt Europa erfüllen, hat der Fürsten-Congreß zu Baden stattgefunden. Die äußeren Hergänge auf demselben sind den Hauptumrissen nach bekannt und mit hohem Interesse aufgenommen. Begegneten sich doch in Baden zwei Herrscher, von denen der eine die Geschicke eines mächtigen Landes lenkt und seinen Namen mit allen internationalen Fragen der Gegenwart verknüpft hat, während der andere die Hoffnungen Deutschlands auf sich vereinigt. Der Neffe Napoleons I., welcher Deutschland und Preußen besiegte, hatte die erste persönliche Zusammenkunft mit dem Sohne der Mutter, deren patriotische Ideen Preußen und Deutschland sich selbst wiedergaben, und mit des Volkes Begeisterung Napoleon I. zurückdrängten. Nicht weit vom Orte, wo sie sich begrüßten, fließt der Rhein und erhebt sich Straßburgs Münster. Fürwahr, Personen und Scenerie dazu ange-
than, ein dramatisches Interesse zu erwecken.

Dieses wird erhöht durch die Frage nach der politischen Veranlassung und Bedeutung, und durch die Erörterung der Folgen der Zusammenkunft. Es war officiell erklärt, daß die gegenseitige Begrüßung keine rein persönliche sein sollte: Dies ließ sich auch nicht annehmen bei der jetzigen Weltlage, wo es sich um die Wiedergeburt Italiens, wahrscheinlich bald um große Um-

bildungen im Orient, und um wichtige Entwicklungen in Deutschland handelt. Der Glaube ist auch längst erschüttert, daß sich größere politische Ereignisse von selbst machen. Diese werden in der Regel durch mächtige Organe als Werkzeuge der Zeit geschaffen.

Wir versuchen es, den Congress zu Baden in seiner politischen Bedeutung zu betrachten, indem wir einen Blick auf die Situation in den europäischen Hauptstaaten werfen, und uns eingehender mit der nächsten Veranlassung zum Congresse, so wie mit dessen Folgen beschäftigen.

I.

In Europa stellt sich jetzt die Erscheinung dar, daß Frankreich durch das Genie seines Herrschers, seine concentrirte Machtentwicklung und seine revolutionäre Politik, welche nach außen hin gerichtet die Sympathien der Nation genießt, die politische Hauptrolle spielt. Es scheint, als könnten sich die Zeiten Ludwigs XIV. und Napoleons I. wiederholen. Die Siege über Rußland und Oesterreich, die Betheiligung am italienischen Freiheitskriege, die Anregung und Ausbeutung einer Menge von politischen zum Theil populären Fragen, wie die der Nationalitäten und der natürlichen Grenzen, Kriegserfahrung und stete mit Erfolgen verknüpfte politische Action haben Frankreich ein zeitiges Uebergewicht verliehen, welches für das kurzfristigste Auge erkennbar ist.

Auch in den Werken des Friedens steht es voran. Die Schöpfung einer Flotte fast ohne Gleichen, die öffentlichen Arbeiten und Bauten, die Colonisirung Algiers, die Welt-Industrienausstellung von 1855 und der Abschluß des bedeutendsten Handelsvertrages, welchen seit der Errichtung des Zollvereines die neuere Geschichte kennt, beweisen, welcher Entwicklungen und

Thaten ein großes, glücklich ausgestattetes Land unter einem schöpferischen Herrscher fähig ist.

Frankreich gegenüber stehen die anderen Großstaaten Europa's vereinzelt und minder mächtig neben einander.

England, zum Theil an Frankreich durch momentane Politik und materielle Interessen gekettet, hat seine Seemacht vernachlässigt, entbehrt ein größeres Landheer, ist in der auswärtigen Politik einem unerklärlichen Quietismus ergeben, und hat, um seinen staatlichen Einfluß unbesorgt, die Zeiten Wilhelms von Dranien und Napoleons I. vergessen. Oder erinnert seine Haltung bei der Einverleibung Savoyens und Nizza's in den Kaiserstaat, wodurch Frankreichs Einfluß auf Italien und dessen Herrschaft auf dem Mittelmeere vermehrt, wodurch die staatliche Existenz der Schweiz bedroht wird, an die Zeit, wo England einst ein Bollwerk für die germanische Welt, für den Protestantismus, für die Freiheit und für das europäische Gleichgewicht war? Ist es ein Zeichen von energischem staatlichen Leben, wenn jede vollendete Thatfache factisch anerkannt wird?

In Deutschland steht der Dualismus Preußens und Oesterreichs, der Kampf um die Geltung und Stellung der Mittel- und Kleinstaaten, die Frage um die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der deutschen Gesamtverfassung, welche ohne Mitwirkung der Nation entstanden ist und deren Vertrauen entbehrt, im Vordergrund. Während es nach außen hin als Gesamtkörper weder einheitlich noch mit Macht vertreten wird, bildet es im Innern ein Aggregat theils von modernen theils von mittelalterlichen Staaten, welche in Freiheits- und Verfassungszuständen mit einander im Widerspruche stehen, und Preußen so wie die wenigen Staaten, welche sich Preußen angeschlossen haben, ausgenommen, eine nur geringe Anerkennung in der Nation finden. Wenn Fragen, ob Oesterreich überhaupt noch eine Berechtigung habe, zu Deutschland zu gehören, ob der Bundestag noch rechtlich bestehe, ob es nicht eine politische Nothwendigkeit sei, mit Annexionen

und Mediatisirungen von Kleinstaaten vorzugehen, wie die deutsche Kriegsverfassung zu ändern u. s. w., eindringlich und mit tiefer Theilnahme in der Nation erörtert werden, wenn im Schoße der einzelnen Länder ein großer aus den Edelsten der Nation bestehender Verein sich die Aufgabe stellen muß, für die Einheit und Freiheit des Gesamtvaterlandes zu arbeiten, wenn viele Volksvertretungen in den Einzelstaaten diesem Bestreben in Beschlüssen Ausdruck geben, und selbst einzelne Fürsten in dieser Richtung ihre Aufgabe finden, so liegt hierin der Beweis, in welcher Zersplitterung, in welcher Arbeit, in welchen Geburtswehen sich Deutschland befindet, und wie es als Gesamtkörper in dieser Lage dem Auslande gegenüber seine Macht nicht entfalten kann. Hat Deutschland, ein Staatenbund von gegen vierzig Millionen, im orientalischen Kriege, in der italienischen Frage seine Stimme abgegeben? Schützt es Schleswig-Holstein gegen das Ausland? Vertritt es die Deutschen im Auslande? Wo ist die deutsche Flotte?

Betrachten wir Oesterreich, abgesondert von Deutschland, als Großmacht, so erblicken wir ein von einem jungen Fürsten regiertes Reich, welches mit Frankreich, Rußland und Preußen wegen Italien, des Orientes und Deutschlands in den erheblichsten Conflicten steht, an den Wunden eines großen Krieges, worin es unterlegen ist, blutet, an Finanzcalamitäten ohne Gleichen daniederliegt, und seine staatliche Existenz nur noch durch künstliche Mittel aufrecht hält.

„Oesterreich vertritt, wie Edmund About in seiner bekannten Broschüre — Preußen im Jahre 1860 — mit Recht sagt, das göttliche Recht in seiner breitesten Grundlage und strengsten Bedeutung. Religiöser und politischer Despotismus, Negirung aller Volksrechte, die ungemessensten Concessionen an die kirchliche Autorität, blinde Anhänglichkeit an die Vergangenheit sind die wurmfressigen Grundlagen dieser Monarchie.“

„Dieses künstlich aus verschiedenen Nationen zusammenge-

setzte, durch Heirathen und Familienpacte ohne Zustimmung der einverleibten Völker entstandene Reich, in seinem Bestande nur durch Polizeigewalt oder durch blutige Waffenthaten der Armee zusammengehalten, hat in der deutschen Nation nur geringe Sympathien. So lange sich die Führung der deutschen Staaten in den Händen der Habsburger befand, haben diese die Angelegenheiten der Nation nur in ihrem dynastischen Interesse wahrgenommen, und sind stets darauf bedacht gewesen, Oesterreich zum Schaden Deutschlands zu vergrößern. Von dem Tage ab, wo der deutsche Geist, seinem Wesen nach freisinnig, die Bahn der Kirchen-Reformation beschritt, hat sich Oesterreich an die Spitze der ultramontanen Reaction gestellt. Sigismund und Ferdinand II. haben an zelotischem Glaubenseifer mit Philipp II. von Spanien gewetteifert; Tilly und Wallenstein haben der römischen Curie ebenso grausame Dienste geleistet, als die Herzöge von Alba und von Parma. Wie vermöchte Deutschland diese Grausamkeiten zu vergessen in dem Moment, wo der Kaiser Franz Joseph durch ein unheilvolles Concordat sich mit dem germanischen Geiste in Widerspruch setzt, und die österreichische Politik unter die Herrschaft Roms stellt? "

Wenn Oesterreich gegen die ungarische Erhebung 1849 nur durch russische Hülfe siegen konnte, und zwar in einer Zeit, wo es noch ungeschwächt war, und die Sympathien seiner anderen Provinzen, ja eines Theiles von Deutschland für sich hatte, mit welchen Mitteln und welcher Hülfe soll es jetzt die seinem Reiche wahrscheinlich bevorstehenden Revolutionen bekämpfen? Etwa mit seinem Heere, welches sich aus den verschiedenen nach Trennung und Emancipation vom Gesamtstaate strebenden Nationalitäten recrutirt?

Rußland, im Jahre 1849 als Träger des Conservatismus betrachtet, in Wirklichkeit wohl aber nur seine eigenen, namentlich seine slavischen Interessen verfolgend, der willige Retter Oesterreichs in Ungarn, stets eifersüchtig auf jeden überwiegenden Einfluß

eines der beiden deutschen Großstaaten in Deutschland, und deshalb in den Tagen von Olmütz wiederum auf Seite Oesterreichs, glaubte der Zustimmung Englands gewiß zu sein, als es im Jahre 1854 den Versuch machte, der Herrschaft des Sultans in Europa den Todesstoß zu versetzen. Es wurde aber, noch dazu durch Oesterreich in seinen Bewegungen gehemmt, mit Englands und Frankreichs Hülfe zurückgedrängt. Seitdem bemüht, die ihm durch diesen Krieg geschlagenen schweren Wunden zu heilen, und unter der Regierung seines jetzigen Kaisers, des würdigen Erbens des Namens und der edlen und liberalen Gesinnungen Alexanders I., mit Eifer an den Umgestaltungen seiner innern Verhältnisse arbeitend, gleichzeitig ermuthigt durch die glücklichen Erfolge an den Ufern des Amurs und in den Bergen des Kaukasus, scheint es sein Auge mehr auf den Orient als auf Europa gerichtet zu haben. Wenn Rußland jetzt, angeblich als Beschützer der griechischen Kirche, wiederum seine kühnen Pläne auf Konstantinopel aufnimmt, wie aus mehrfachen Anzeichen und namentlich aus den bedeutenden Truppenansammlungen am Pruth zu schließen, so dürfte für seine Pläne ein um so sichrerer Erfolg zu erwarten sein, als viele Thatfachen dafür sprechen, daß es jetzt im völligen Einverständnis mit dem auf Englands Einfluß im Orient eifersüchtigen Frankreich handelt, als es zur Zeit nicht befürchten darf, von dem so geschwächten und anderweitig beschäftigten Oesterreich in seiner Action gehindert zu werden, und jetzt nach endlicher Befiegung der Bergvölker der größte Theil seiner kaukasischen Armee verwendbar ist.

II.

In dieser soeben angedeuteten Weltlage, worin das Uebergewicht Frankreichs und die Zersplitterung Deutschlands am meisten hervortritt, während England sich meistens indolent ver-

hält und das mit Frankreich wahrscheinlich verbundene Rußland sich sammelt und vorzugsweise den Orient im Auge hat, entstand in Deutschland die Besorgniß, daß Frankreich in der nächsten Zeit aggressiv gegen Deutschland auftreten werde. Der italienische Krieg gab hierzu zunächst Veranlassung. Werde Frankreich, nachdem es Oesterreich besiegt und hierdurch Deutschland wenigstens mittelbar geschwächt, nachdem es die Constituirung natürlicher Grenzen als Grundsatz ausgesprochen und bei dem Erwerbe Savoyens und Nizza's in Anwendung gebracht habe, nicht die Rheingrenze beanspruchen, sei es um in der mit Nationalruhm verknüpften politischen Action zu bleiben, oder um an die Zeiten der Revolution und Napoleons I. anzuknüpfen, um in die Verträge von 1815 noch einen größeren Riß hineinzutragen, oder um einen günstigen Ländererwerb vorzunehmen? Finde es nicht die Aufforderung hiezu in einer Zeit, wo Rußland der orientalischen Frage wegen und aus andern Gründen sein Verbündeter sei, wo Deutschland, an inneren Zwistigkeiten daniederliegend, keinen einzigen Verbündeten habe, und eine Coalition anderer Staaten gegen diesen Angriff sich schwerlich, vielleicht erst dann bilden werde, wenn der unerwartete siegreiche Schlag geschehen? Seien die dem Angriffe ausgesetzten linksseitig vom Rheine belegenen deutschen Länder nicht so recht eigentlich günstiger Preis eines kurzen energischen Krieges, auf welchen Deutschland unvorbereitet sei, und in welchem das am meisten kriegstüchtige Preußen durch seine gestreckte Lage im Nachtheil stehe und überdies durch die französische Flotte an der Ostsee lahmgelegt werden könne? Dies war die fast einstimmige Sprache der deutschen Presse, der einzelnen Landesvertretungen und der verschiedenen politischen Parteien, unter welchen die feudale sich am meisten geltend machte. Fand sie doch hierin mit ein Mittel, unter patriotischer Hülle ihre Legitimitätsprinzipien zu verfechten, die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich zu predigen, und die in Preußen erwachten, durch ein freisinniges Ministerium

vertretenen Reformbestrebungen, die theils auf eine Veränderung der deutschen Gesamtverfassung, theils auf eine Verstärkung der preussischen Macht und die Verbesserung innerer Zustände gerichtet waren, zu hemmen. Preußen, das im italienischen Kriege seine Pflicht gegen Oesterreich versäumt, sollte unter allen Umständen, gleichviel unter welchem Compromiß, wieder in das mittelalterliche Lager zurückgedrängt werden.

Es kann dahingestellt bleiben, in wie weit diese Besorgnisse überhaupt begründet waren. Wir glauben es nicht. Der Kaiser der Franzosen hat bis jetzt, so sehr er seines Volkes Ruhm und Einfluß zu vermehren bestrebt ist, den reinen Angriffs- und Eroberungskrieg vermieden und hat sich nur bei Kriegen betheiligt, denen politische Nothwendigkeit und höhere Fragen der Civilisation und Freiheit zu Grunde lagen. Ein solcher Krieg war der orientalische gegen Rußlands übermächtigen Einfluß, der italienische zum Schutz des zur Freiheit und Einheit erwachsenden Italiens geführt. Napoleon ist zur Zeit und vielleicht noch lange in Italien engagirt, und wird demnächst in der neuerwachten orientalischen Krisis mit seiner ganzen Macht in Anspruch genommen werden. Außerdem hat Frankreich, so reich seine Hülfquellen sind, und so leicht es sich zur Erreichung nationaler Zwecke großen Anstrengungen unterwirft, sich eine Zeit lang zu sammeln und Werke des Friedens zu pflegen.

Unpolitisch und unerquidlich war aber die sogenannte deutsche Manifestation gegen einen mächtigen Nachbarstaat, mit dem wir durch tausend Fäden der Industrie und des Handels verbunden sind, dem wir im friedlichen Wettstreit die Producte unseres Fleißes und unserer Geschicklichkeit auf der Welt-Industrieausstellung von 1855 gezeigt haben, gegen den sich in den Zeiten der Freiheitskriege kriegerische Bewährung thatsächlich geltend gemacht hat. Der Starke rüstet sich für die Zeit der Gefahr, aber er reizt nicht, er provocirt nicht mit Worten und Erklärungen. Der Starke verständigt sich, nimmt aber nicht zu tumultuarischen

Mitteln seine Zuflucht. Der Patriotismus hat sich in Einigung, im Opferbringen, im Unterordnen, in der Anerkennung eines starken und bereiten Führers und in der Achtung des vermeintlichen Gegners zu bethätigen, zumal wenn letzterer an der Spitze einer mächtigen und kriegerischen Nation steht, wenn er als deren erwähltes und anerkanntes Oberhaupt seit Jahren die Welt mit seinem Ruhm erfüllt. Nur Preußens Regent und Regierung haben sich in dieser Situation politisch, maßvoll und eines Großstaates würdig benommen; auch hat die preußische Presse bis auf wenige Ausnahmen dieselbe Stellung eingenommen.

Diese Haltung gab in der neuesten Zeit zu einer zweiten Besorgniß Raum. Man fing an anzudeuten und später förmlich zu behaupten, es seien Preußen von Rußland und Frankreich Vorschläge gemacht, seine linksseitigen Rheinprovinzen an Frankreich abzutreten, auch den Uebergang des andern deutschen Bundesgebietes bis zum Rhein an Frankreich gutzuheißen, lediglich um den Preis von Annexionen einer bestimmten Reihe von deutschen Staaten bis zur Mainlinie an Preußen und um die Anerkennung der preußischen Hegemonie in Deutschland. Dies Arrangement brachte man mit der neu eintretenden orientalischen Krisis, in welcher man die Neutralität Preußens gegen die bezeichneten Concessionen sich sichern wolle, in Verbindung. Das Verfahren in Italien, sagte man, werde sich wiederholen; Preußen sei Neusardinien; die Rheinprovinzen seien Nizza und Savoyen; Sachsen, Hannover, Braunschweig, Hessen 2c. seien die Lombardei, Parma, Modena und Toscana; Frankreichs Ziel, bis zur Rheingrenze vorzurücken, werde hierdurch erreicht, und Preußens Streben, sich als Großmacht territorial compacter auszugestalten, erfüllt.

Es ist unwahrscheinlich, daß Vorschläge dieser Art je in Erwägung gekommen oder gemacht sind. Man kann Preußens Volk und seiner Regierung, deren Ehre, Recht und Pflicht es ist, für die Integrität Deutschlands einzustehen, nichts anbieten, was

sie sich nicht selbst erringt, nichts nehmen, wofür sie die Existenz des Staates einsetzt. Man darf von Napoleon III. nie die zweite Auflage eines politischen Actes, nie eine Ungeschicktheit erwarten. Dessenungeachtet diente das Gerücht, besonders indem es sich an Preußens populäre Bestrebungen, Deutschland zu einigen und zusammenzufassen, anlehnte, dazu, Preußen und Frankreich noch weiter zu verdächtigen.

III.

Eine unmittelbare Folge dieser Besorgnisse war für Deutschland eine erhöhte politische Aufregung und vermehrte Störung des wirthschaftlichen Lebens in der Nation. Hatte schon der Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich und die Frage, in wie weit Deutschland sich dabei zu betheiligen habe, Deutschland in zwei Lager gespalten, war in Folge dessen eine kostspielige Kriegsbereitschaft eingetreten, welche Anleihen nothwendig machte, die Kräfte der Einzelstaaten zu Militärzwecken erheblich in Anspruch nahm, und Friedensunternehmungen aller Art unterbrach, so wirkte die Annahme eines von Frankreich drohenden Angriffskrieges und der Möglichkeit eines Abkommens zwischen Frankreich und Preußen rücksichtlich der Neugestaltung Deutschlands gegen das Opfer der Rheinprovinzen noch nachtheiliger. Die politische Agitation beschäftigte sich ruhelos mit dem Verhältniß Preußens zu Oesterreich, mit der Versöhnung und Verständigung beider Staaten zum Schutze des Ganzen, mit Mitteln zur Begründung einer deutschen Centralgewalt, zur Reform der deutschen Kriegsverfassung, während man von anderer Seite in der Annäherung Preußens an Oesterreich Gefahr für die Unterbrechung der innern deutschen Verfassungsreformen und der deutschen Freiheitsbewegung erblickte, an deren Spitze Preußen stand. Steht es doch geschichtlich fest, daß äußere Gefahr, wenn man dabei nicht gleichzeitig

die Wünsche der Nation befriedigt, an sich berechnete innere politische Bewegungen und Schöpfungen vergessen läßt, und in der Regel einem Patriotismus Plag macht, in den sich unlautere Elemente einmischen.

Der Handel und die Industrie, öffentliche Bauten, größere Unternehmungen, welche in die Zukunft hineinreichen, wurden gestört, und das Kapital entzog sich allmählig jeder schöpferischen Thätigkeit, indem man nur auf seine Sicherung bedacht war.

Dazu kommt die neue Erhebung in Italien und die neu erwachte orientalische Krisis, deren Tragweite nicht abzusehen ist. Soll Preußen und Deutschland, wenn, wie zu erwarten, Venetien mit in den italienischen Freiheitskrieg hineingezogen wird, oder wenn Oesterreich Neapels und Venetiens wegen mit Frankreich von Neuem in Krieg geräth, wenn in Folge dessen der Aufstand in Ungarn losbricht, auf Oesterreichs Seite treten? Wo ist überhaupt die Grenze der politischen Verpflichtung Preußens und Deutschlands im Falle einer österreichischen Revolution?

IV.

In diese Situation ist ein politisches Ereigniß gefallen, welches specieller Gegenstand der vorliegenden Betrachtungen ist.

Der Prinz-Regent von Preußen ist mit dem Kaiser der Franzosen, Napoleon III., in Baden-Baden persönlich zusammengekommen. An dieser persönlichen Begegnung haben einige hervorragende deutsche Fürsten Theil genommen, welche außerdem mit dem Prinz-Regenten von Preußen über äußere und innere deutsche Angelegenheiten Besprechungen gehabt haben.

Ueber den Zweck dieser Zusammenkunft und den Hergang dabei liegen keine officiellen Urkunden, sondern nur mehr oder

minder glaubwürdige Zeitungsnachrichten, welche sich zum Theil widersprechen, vor.

An telegraphischen Mittheilungen, welche, so weit sie die Verhandlungen der deutschen Fürsten unter sich betreffen, zur Kenntniß des Publikums gebracht sind, müssen folgende, anscheinend officiöse, Depeschen hervorgehoben werden:

1) Baden-Baden, Montag, den 18. Juni.

„Der Prinz-Regent von Preußen versammelte heut Nachmittag die deutschen Fürsten im Schlosse, um seinen Dank auszusprechen, daß sie ihm bei seiner Begegnung mit dem Kaiser der Franzosen zur Seite gestanden, um gemeinsam die friedlichen Versicherungen desselben zu empfangen. Die Wahrung der Integrität Deutschlands werde stets die erste Sorge des Regenten sein. Er werde sich in Erfüllung dieser Aufgabe auch dadurch nicht beirren lassen, daß seine Auffassung über den Gang und die Ziele der preussischen und deutschen Politik von Einigen seiner Bundesgenossen nicht getheilt würde. Oesterreich habe Schritte zur Verständigung gethan, auf welche der Regent großen Werth lege. Wenn dieselben erzielt sein würden, werde er die deutschen Fürsten davon in Kenntniß setzen. Der Prinz-Regent halte fest an dem Wege, welchen er in Preußen und in Deutschland bisher eingeschlagen habe, und er hoffe, daß sich auf demselben immer mehr deutsche Regierungen mit ihm vereinigen würden.“

2) Baden-Baden, den 19. Juni.

„Der König von Württemberg hat am 18. Juni dem Prinz-Regenten im Namen der Bundes-Regierungen für die patriotische Vertretung der Interessen Deutschlands seinen Dank so wie den Wunsch einer Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen ausgedrückt, für welche die übrigen Regierungen ihre guten Dienste anbieten. Die Regierungen seien mit dem Entwurfe einer Militär-Convention beschäftigt, welche sich den Gesichts-

punkten der preussischen Vorschläge zur Reform der Kriegsverfassung möglichst nähere. Die Regierungen erwarteten ihrerseits, Preußen werde in der deutschen Frage andere und annähernde Schritte thun. — Hierauf bemerkte der Großherzog von Baden, diese Erklärung könne nicht Namens der Bundes-Regierungen abgegeben werden, indem mehrere und wichtige Regierungen in den betreffenden Berathungen nicht betheiligt gewesen. Baden werde sich den angedeuteten Schritten in keinem Falle anschließen.“

3) Baden-Baden, den 20. Juni.

„Dem Vernehmen nach hat sich bei den Besprechungen des Prinz-Regenten mit den deutschen Fürsten vor der gestrigen Abreise eine schließliche Uebereinstimmung in denjenigen Fragen herausgestellt, welche Deutschlands Bezüge zum Auslande berühren.“

Außerdem enthält der Preussische Staats-Anzeiger vom 22. Juni folgende anscheinend officiöse Mittheilung über die Zusammenkunft in Baden-Baden:

„Von der wohlwollenden Absicht erfüllt, die Besorgnisse Deutschlands zu beruhigen, hatte der Kaiser der Franzosen dem Prinz-Regenten von Preußen den Wunsch aussprechen lassen, Ihn auf deutschem Boden zu begrüßen. Diesem Erbieten des Herrschers eines großen Nachbarreiches kam der Prinz-Regent um so lieber entgegen, als sich gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke bei dem Aufenthalte in Baden die Gelegenheit darbot, hervorragenden deutschen Fürsten einen Antheil an diesem Besuche zu gewähren, während darin schon von selbst die Voraussetzung lag, daß die Integrität deutschen Gebietes, der Grenzen Deutschlands außer aller Frage gestellt sei. Der Kaiser der Franzosen hat dem Prinz-Regenten von Preußen und den deutschen Fürsten, welche ihm bei dieser Begegnung zur Seite standen, wiederholte und vollkommen übereinstimmende Versicherungen der friedlichen und

freundschaftlichen Gesinnungen gegeben, von welchen er Deutschland gegenüber beseelt sei. Er hat sich überzeugen können, daß diese Gesinnungen auf deutscher Seite erwiedert werden. Deutschland und Frankreich dürfen daher aus der Zusammenkunft in Baden eine Beruhigung schöpfen, welche diesen beiden großen Völkern in gleicher Weise erwünscht sein mußte, und welche dem wirthschaftlichen und gewerblichen Leben beider in gleichem Maße förderlich sein wird. Wenn Deutschland eine so große Zahl seiner hervorragendsten deutschen Fürsten bei dieser Zusammenkunft vereinigt gesehen hat, so hat das deutsche Volk darin eine neue Gewähr für die nationale Richtung der Politik Preußens, welche die Gesamt-Interessen Deutschlands niemals aus dem Auge verlieren wird, und gleichsam eine thatsächliche Anwendung der Worte empfangen, welche der Regent Preußens am Schlusse des Landtags zu den versammelten Ständen der Monarchie gesprochen. Es wird in der Einigkeit, die bei der Zusammenkunft in Baden stattgefunden hat, die Bürgschaft dafür sehen, daß weder die Politik Preußens, noch die der übrigen Staaten durch Differenzen über innere Fragen, wie schwer sie wiegen mögen, dem Auslande gegenüber beirrt werden kann; und es wird daran zugleich die Hoffnung knüpfen, daß diese Einigkeit und das gestärkte Vertrauen auf Preußens loyale und nationale Politik ihre annähernde und verbindende Kraft auch für die inneren deutschen Fragen bewähren werden."

Der Moniteur enthält über die Zusammenkunft folgenden Artikel:

Paris, 19. Juin.

„Le voyage rapide que vient de faire l'Empereur aura, nous n'en doutons pas, d'heureux résultats. Il ne fallait rien moins que la spontanéité d'une démarche aussi significative pour faire cesser ce concert unanime de bruits malveillans et de fausses appréciations. En effet, l'Empereur, en allant expliquer franchement aux souverains réunis à Bade

comment sa politique ne s'écarterait jamais du droit et de la justice, a dû porter dans des esprits si distingués et si exempts de préjugés la conviction, que ne manque pas d'inspirer un sentiment vrai expliqué avec loyauté. Aussi est-il entré plus que de la courtoisie dans les rapports réciproques des membres de cette auguste réunion. Ils ont presque passé ensemble la journée du dimanche. A midi le grand-duc de Bade les avait tous réunis à un déjeuner au vieux château. Ils se sont retrouvés à dîner à cinq heures.

Après le dîner, l'Empereur étant retourné dans son hôtel, la plupart des souverains sont venus lui dire adieu. Sa Majesté a encore pu prendre congé d'eux tous à neuf heures chez la princesse Marie de Bade, duchesse d'Hamilton, qui les avait engagés à venir prendre le thé au Pavillon.

Ainsi tous ceux qui désirent le rétablissement de la confiance et la continuation des bons rapports internationaux doivent se féliciter d'une conférence qui consolide la paix de l'Europe. Voici la liste exacte des souverains et princes, qui se sont trouvés à Bade :

S. A. R. le prince-régent de Prusse et la Princesse de Prusse ;

Le grand-duc et la grande-duchesse de Bade ;

S. M. le roi de Wurtemberg ;

S. M. le roi de Bavière ;

S. M. le roi de Saxe ;

S. M. le roi de Hanovre ;

S. A. R. le grand-duc de Hesse-Darmstadt ;

S. A. R. le grand-duc de Saxe-Weimar ;

S. A. R. le duc de Nassau ;

S. A. R. le duc de Saxe-Cobourg ;

S. A. R. le prince et la princesse de Hohenzollern ;

S. A. R. la princesse Marie, duchesse d'Hamilton ;

S. A. le prince et la princesse de Fürstemberg."

Die officiellen Zeitungen in den deutschen Mittel- und Klein-Staaten geben im Ganzen dieselben Mittheilungen, wie der Preußische Staats-Anzeiger. Nur heben sie weniger die unter den versammelten deutschen Fürsten hervorgetretenen Differenzen in der inneren Politik hervor, und übergehen oder schwächen die in der telegraphischen Depesche vom 18. Juni enthaltene Erklärung des Prinz-Regenten von Preußen ab, daß er fest an dem Wege halte, welchen er in Preußen und in Deutschland bisher eingeschlagen habe.

V.

Es ist natürlich, daß sich, besonders beim Mangel von officiellen Erklärungen und Urkunden über die Verhandlungen in Baden, die Presse auf das lebhafteste mit Erörterungen und Vermuthungen beschäftigt, was auf dem Congresse besprochen und festgestellt worden sei, und welche Folgen sich an die Zusammenkunft knüpfen werden. Der auf Sicilien und Italien gerichtete Blick der Welt wandte sich auf den geheimnißvollen und mächtigen Mann, der seit Jahren die öffentlichen Angelegenheiten Europa's beherrscht, und auf den Prinz-Regenten von Preußen, der seines Landes und Deutschlands Hoffnung ist, fest in seinem Willen, treu und zuverlässig in seinem Charakter und ritterlich in seinem Wesen. Wenn Macht der Macht gegenübertritt in Zeiten der Revolution und gewaltiger Neugestaltungen, wenn sich romantisches und germanisches Wesen in ihren Spitzen repräsentirt begegnen, handelt es sich um ein welthistorisches Ereigniß.

Darum stehen die Stimmen allein, welche der Conferenz in Baden keine oder nur eine geringe Bedeutung beimessen. Wäre die Zusammenkunft der Herrscher Frankreichs und Preußens selbst nur eine rein persönliche gewesen, um sich an den Grenzen ihrer Länder zu begrüßen und Versicherungen des persönlichen nachbar-

lichen Wohlwollens auszutauschen, sie würde immer ihre politische Tragweite haben, da schon die Stimmung mächtiger Herrscher und deren persönliches Verhältniß zu einander in staatlichen Angelegenheiten von Einfluß ist. Die Thatfachen lassen aber diese Auffassung nicht zu, da aus den übereinstimmenden officiösen Mittheilungen hervorgeht, daß der Kaiser Napoleon dem Prinz-Regenten und den ihm zur Seite stehenden deutschen Fürsten Versicherungen seiner friedlichen und freundschaftlichen Gesinnungen gegen Deutschland gegeben und gleiche Versicherungen von der anderen Seite entgegengenommen hat, und da mit Recht anzunehmen ist, daß wenigstens zur Begründung dieser Erklärungen zwischen beiden großen Herrschern politische Besprechungen stattgefunden haben. Worauf sich diese erstreckt, in wie weit sich dabei Differenz-Punkte ergeben oder Uebereinstimmung herausgestellt, kann beim Mangel jeder Mittheilung nur Sache der Vermuthung sein. In dieser ergehen sich denn auch die Presse und die verschiedenen politischen Parteien.

Die antiliberalen und österreichischen Organe der Presse, über die Zusammenkunft überhaupt verstimmt, suchen nachzuweisen, daß die Freundschaftsversicherungen eine leere Förmlichkeit gewesen, um Deutschland sicher zu machen und den in ihm erwachten Patriotismus einzuschläfern; es sei wahrscheinlich, daß Napoleon dem Prinz-Regenten Sympathien zur Begründung Klein-Deutschlands zu erkennen gegeben, aber gewiß nur gegen den Preis von Forderungen und Anerkennungen, die unerfüllbar seien. Dabei deutet man wiederholt auf die Abtretung der Rheinprovinzen an Frankreich hin, auf die Anerkennung der die Lombardei, Nizza und Piemont betreffenden Abtretungsverträge und hält außerdem das Verlangen für gestellt, daß sich Preußen in der italienischen Frage und in der entstehenden orientalischen Krisis neutral verhalte. Warum sei denn Oesterreich zur Conferenz nicht eingeladen? Wie sei die jüngste Sprache der französischen Presse über Preußen, und Edmund About's Brochüre „La Prusse en 1860“, welche

gleichzeitig mit der Badener Conferenz erschienen, und Preußens Hegemonie in Deutschland offen predige, zu verstehen?

Die nationale und liberale Presse nimmt in ihren Hauptvertretern ebenfalls an, daß zwischen dem Prinz-Regenten und Napoleon politische Erörterungen stattgefunden haben, beschränkt diese aber auf die Besprechung der Nothwendigkeit, daß Deutschland sich beruhige, und auf den Nachweis, daß es dies mit gutem Grunde könne. Napoleon habe gewiß auf seine schwebenden Aufgaben in Italien und im Orient hingewiesen, welche einen Angriff auf Deutschland und einen dadurch entstehenden Weltkrieg ausschließen. Er werde Preußen nicht die Zumuthung gemacht haben, ohne Benehmung mit den andern Großmächten seine Erwerbungen anzuerkennen, über die Verträge von 1815 Erklärungen abzugeben und sich für weitere Eventualitäten in Italien und im Orient einseitig zu einer bestimmten Stellung zu verpflichten. Daß aber auf Frankreichs Mitwirkung zur Constituirung innerer deutscher Verhältnisse und auf die Abtretung der Rheinlande nicht die Rede gekommen, dafür büрге, abgesehen von Allem, des Prinz-Regenten Ehre und deutscher Charakter, so wie die Hauptbedingung der ganzen Zusammenkunft in Baden, daß nämlich auf derselben die Integrität deutschen Gebietes außer aller Frage und Besprechung gestellt sei.

Was die Verhandlungen der deutschen Fürsten unter sich über die rein deutschen Angelegenheiten betrifft, so beschäftigt sich die Presse nur in geringem Maaße damit, wie die Anwesenden sich über die Verhältnisse und Bezüge Deutschlands zum Auslande verständigt haben, in welcher Beziehung nach dem Telegramm vom 20. Juni eine schließliche Uebereinstimmung erreicht ist. Es ist von selbst anzunehmen, daß sich Rheinbundsgedanken nicht geäußert haben werden; da sich die Fürsten im Falle eines Angriffes wehren und ihrerseits einen Angriffskrieg nicht beginnen werden. Eine Verständigung aber über die Mittel der Vertheidigung und die Führung Deutschlands im Kriegsfall und sonst

über die Elementarfragen der auswärtigen Politik hinaus ist wohl nicht einmal versucht worden, z. B. wie sich Preußen und Deutschland bei einem neuen Kriege zwischen Oesterreich und Piemont, zwischen Oesterreich und Frankreich wegen der Lombardei oder Venetiens verhalten, wie die auswärtige Politik in einem eventuellen orientalischen Kriege sein wird. Denn die Mehrzahl der anwesenden Fürsten, dem österreichischen Interesse ergeben, hätte sich hierin der preussischen Politik nicht angeschlossen, und von Preußen kann man nicht voraussetzen, daß es über Nacht zur österreichischen übergegangen sei. Man darf mit Recht vermuthen, daß diese Uebereinstimmung öffentlich nur constatirt worden ist, um dadurch die Differenz in den inneren Fragen in etwas zu mildern.

Diese bestand vor Baden und besteht noch. Sie ist noch dazu officiös von Neuem constatirt.

Wenn nach der patriotischen Versicherung des Prinzen von Preußen, die Wahrung der Integrität Deutschlands werde stets seine erste Sorge sein, und nach der Erklärung des Prinzen, daß er fest an dem Wege halte, welchen er in Preußen und Deutschland bisher eingeschlagen habe, — Telegramm vom 18. Juni — der König von Württemberg sich im Einverständnisse mit den Königen von Baiern, Sachsen, Hannover und mit dem Großherzoge und Herzoge von Hessen-Darmstadt und Nassau, welche vor der Ansprache des Prinz-Regenten gemeinschaftlich conferirt hatten, sich dahin ausgesprochen hat, die Regierungen erwarteten, Preußen werde in der deutschen Frage andere und annähernde Schritte thun, so daß der Großherzog von Baden sofort bemerken muß, diese Erklärung könne nicht Namens der Bundes-Regierungen abgegeben werden, indem mehrere und wichtige Regierungen in den betreffenden Berathungen nicht theilhaftig gewesen, Baden werde sich den angedeuteten Schritten in keinem Falle anschließen — Telegramm vom 19. Juni — wenn die freundschaftlichen persönlichen Verhandlungen der Fürsten unter einander, die ohne

Zuziehung von Ministern Verständigungen und Ausgleichungen in der inneren Politik anbahnen sollten, mit solchem eclatanten, formalen Zwiespalt in den Hauptpunkten dieser Politik endigen, dann darf man den Congreß in dieser Beziehung als fruchtlos bezeichnen. Die öffentliche Meinung und die Presse täuscht sich gewiß auch nicht, wenn sie annimmt, es sei dem Prinz-Regenten vertraulich die Entlassung seines Ministeriums empfohlen, man habe die preussische Behandlung der kurhessischen Verfassungsfrage gemißbilligt und Repressiv-Maßregeln gegen den Nationalverein vorgeschlagen.

VI.

Bei der Darstellung und Beurtheilung der nächsten Folgen des Congresses halten wir uns nur an Thatfachen, welche nach übereinstimmenden und glaubhaften Mittheilungen feststehen. Es hat hiernach -

1) der Kaiser der Franzosen die Initiative zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Prinz-Regenten von Preußen ergriffen, und zwar in der wohlwollenden Absicht, manche in Deutschland bestehende Besorgnisse zu beruhigen. Bei dieser Zusammenkunft in Baden hat Napoleon III. dem Prinz-Regenten und den ihm zur Seite stehenden deutschen Fürsten wiederholte Versicherungen der friedlichen und freundschaftlichen Gesinnungen gegeben, von welchen er Deutschland gegenüber beseelt sei, und sich andererseits überzeugt, daß diese Gesinnungen auf deutscher Seite erwiedert werden.

2) Zwischen dem Prinz-Regenten von Preußen und den in Baden versammelt gewesenen deutschen Fürsten haben Besprechungen über die innere deutsche Politik stattgefunden, in welchen eine Einigung über bestimmte Differenzpunkte nicht eingetreten ist.

So einfach diese Thatsachen sind, so wichtige Folgen knüpfen sich daran. Und es sind glückliche Resultate für die einstweilige Beruhigung Deutschlands, für die Machtstellung Preußens, sowie für die innere deutsche Politik.

Es ist angedeutet, von welchen Besorgnissen Deutschland wegen eines von Frankreich drohenden Angriffes und wegen des Verlustes seiner Integrität erfüllt war. Wenn auch materielle Gründe diese Besorgnisse ausschlossen, sie waren vorhanden. Sie fanden vielleicht mehr in der Zersplitterung der deutschen Zustände und in der Ueberzeugung von der Schwäche der deutschen Wehrhaftigkeit, als in der Haltung Frankreichs ihren Grund. Es bedurfte eines formalen Beruhigungsmittels, auf welche erfahrungsmäßig die Börse, das wirthschaftliche Leben und besonders der gewerbliche Unternehmungsgeist Werth legt. Wenn nun der Prinz-Regent von Preußen, welcher von Anfang seiner Regierung ab die Wahrung der Integrität Deutschlands für seine erste Aufgabe erklärt hat, diesen Punkt zur Bedingung einer Zusammenkunft mit dem Kaiser der Franzosen macht, und nur in dessen Voraussetzung auf persönliche Verhandlungen eingeht, auch bei dieser friedlichen Veranlassung wiederholt die Integrität Deutschlands als seine erste Aufgabe vor der Welt bezeichnet, so wird die öffentliche Meinung dieselbe durch Preußen nicht mehr für gefährdet erachten. Das Gerücht von der Abtretung der Rheinprovinzen wird sich zerstreuen. Sollten noch Insinuationen gegen Preußen in dieser Richtung von der österreichischen Partei fort dauern, die große Mehrzahl der Deutschen und alle Preußen werden auf Manneswort und Mannesehre bauen. Beide gelten mehr als Protokolle.

Auf der andern Seite werden die Versicherungen friedlicher und freundschaftlicher Gesinnungen, welche der Kaiser Napoleon Deutschland und der Prinz von Preußen Frankreich gegenüber abgegeben haben, zur Beruhigung beider großen Länder noch

erheblicher beitragen. Ein Angriffskrieg, welcher von Frankreich besorgt wurde, wird zwar nicht durch Versicherungen ausgeschlossen. Die Consequenz des Ausspruches „L'empire c'est la paix“ ist thatsächlich vielfach erschüttert. Die Rheingrenze wird noch lange die Sehnsucht der Franzosen und der Hauptartikel der Napoleonischen Ideen bleiben. Immer aber hat eine förmliche und feierliche Erklärung vor der Welt und vor einer großen Anzahl von Fürsten eine so hohe politische, obligatorische und moralische Bedeutung, daß sich daran eine Beruhigung der Gemüther knüpfen kann. Sie wird, wenigstens zeitweise, eintreten, wenn sich das Publikum allmählig davon überzeugt, daß momentan auch thatsächliche Verhältnisse den Kaiser von einem Angriffe Deutschlands abhalten. Frankreich ist zu tief bei der Umbildung der italienischen Verhältnisse betheiligt, und darf vielleicht bald einem zweiten Kriege mit Oesterreich entgegensetzen, wenn es nicht die Früchte seiner ersten Siege aufgeben will. Während es Oesterreich aus Italien herausdrängen und dort seinen Einfluß etabliren will, soll es Deutschland und Preußen angreifen? Der Kaiser Napoleon achtet und erkennt die öffentliche Meinung, die einen reinen Eroberungskrieg verurtheilt. Er berechnet ferner die Gefahr eines Angriffs der Rheinprovinzen, wenn Preußen für die Integrität Deutschlands mit seiner ganzen Macht und außer seinen deutschen Bundesgenossen wahrscheinlich mit England, Rußland, der Schweiz und Belgien einsteht. Und bedarf Frankreich mit dem Kaiser, nachdem es mit Anstrengungen und Opfern seinen europäischen Einfluß wieder erworben hat, nicht endlich der Ruhe, um sich inneren Fragen, die durch auswärtige Kriege in der Regel zurückgedrängt werden, zu widmen? Wohlan, es arbeite an dieser Aufgabe, von dem organisatorischen Talent seines Herrschers unterstützt, und gebe der Welt das Beispiel, daß eine durch innere Kämpfe und Parteien zersplittert gewesene Nation, nachdem sie ihre Einheit, ihren Ruhm und ihre Ehre durch auswärtige Kriege wieder erworben, mit andern Völkern in

nachbarlicher Freundschaft leben und die Werke des Friedens austauschen kann.

Faßt Deutschland mit diesen Erwägungen die Versicherungen des Kaisers in Baden auf, so wird es demselben nicht mißtrauen und sich mit Grund einstweilen beruhigen. In der Zwischenzeit wird sich der Gewerbefleiß und Handel heben, das Kapital wieder zur Arbeit treten. Der Unternehmungsgeist wird sich wieder Bahn brechen und deutscher Fleiß seinen Lohn finden. In der Zwischenzeit wird es Ruhe haben, sich mit dem Ausbau und der Organisation seiner Verfassung zu beschäftigen, welche in ihren gebotenen Umwandlungen durch Conflict mit dem Auslande gestört, vielleicht zu Preußens factischer Dictatur, nicht aber zu dessen politisch und rechtlich nothwendiger Hegemonie geführt hätte.

VII.

Preußen steht als Großstaat und als Mitglied des deutschen Bundes materiell an der Spitze Deutschlands. Es ist der mächtigste, bis auf die Hälfte einer seiner Provinzen rein deutsche Staat. Seine geschichtliche Mission vom großen Kurfürsten ab besteht darin, auf dem Continent Europa's das germanische Element zu vertreten und zusammenzufassen. In der Erfüllung dieses Rechtes und dieser Pflicht ist es von kleinen Anfängen zu einem Großstaat herangewachsen, der mit wenigen Unterbrechungen Aufklärung, Fortschritt, religiöse und bürgerliche Freiheit zu seinem Princip gemacht hat. Das preussische Volk ist kriegerisch, fleißig und intelligent. Es liebt seine Dynastie und ist mit derselben durch eine constitutionelle Verfassung verbunden, welche die Rechte des Königs und des Volkes sicherstellt.

An Auerkennknissen, daß Preußen zur Führung und Hegemonie in Deutschland berufen sei, hat es nicht gefehlt. Friedrich

der Große hat sich dieses Anerkenntniß erstritten. In den Freiheitskriegen von 1813 — 1815 stand Preußen an der Spitze Deutschlands. Das deutsche Volk, in den Jahren 1848 — 1849 in einer constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt-am-Main vereinigt, hat auf Grund einer deutschen Reichsverfassung Preußens König zum deutschen Kaiser erwählt und Preußen hierdurch an die Spitze des deutschen Reiches gestellt. Die öffentliche Meinung hält an diesem Volksbeschlusse fest, und ein über alle deutsche Lande verbreiteter Nationalverein beschäftigt sich mit den Mitteln, diesem Beschlusse Geltung zu verschaffen.

Man sollte meinen, daß der Kaiser Napoleon, wenn er Verlangen trug, Besorgnisse Deutschlands zu beruhigen, wohl wußte, an welche Adresse er sich zu wenden habe. Er konnte sämmtlichen deutschen Fürsten in diesem Sinne mündliche oder schriftliche Mittheilungen machen, oder der deutschen Bundesversammlung eine Note zugehen lassen, oder endlich sich an Oesterreich wenden, welches verfassungsmäßig das Präsidium auf dem Bundestage führt.

Statt dessen wünscht der Kaiser lediglich eine persönliche Zusammenkunft mit dem Prinz-Regenten von Preußen, um die Besorgnisse Deutschlands zu beruhigen, und spricht gegen denselben die Versicherungen der friedlichen und freundschaftlichen Gesinnungen aus, von welchen er Deutschland gegenüber erfüllt sei. Dieselben Versicherungen wiederholt er nur gegen eine Anzahl von ebenfalls in Baden versammelten deutschen Fürsten, welche sich, ohne den Wunsch des Kaisers, entweder auf Einladung Preußens oder auf eigene Veranlassung, dorthin begeben hatten.

In diesem Act liegt direct oder indirect das thatsächliche Anerkenntniß des Kaisers, daß der Prinz-Regent von Preußen und der Staat Preußen Deutschland vertrete, das Anerkenntniß der Hegemonie Preußens in Deutschland.

Dieses ist das zweite wichtige Ergebniß des Badener Congresses.

Der Kaiser, könnte man sagen, habe aus Courtoisie so gehandelt; eine persönliche vertrauliche Zusammenkunft schließe die strenge Prüfung der Legitimation aus; Oesterreichs Kaiser sei jetzt mit Frankreich wegen anderer Punkte in Conflict und habe aus diesem Grunde zur Besprechung in Baden nicht zugezogen werden können, doch sei er indirect durch die vier Könige, welche auf Oesterreichs Seite ständen, mit vertreten gewesen. Hierauf ist zu entgegnen, daß der Kaiser auf die Beruhigung Deutschlands und den Ausdruck seiner friedlichen Gesinnungen einen politischen Werth legte, und bei der staatsmännischen Berechnung der hierzu anzuwendenden Mittel den Prinz-Regenten zur Entgegennahme seiner Erklärungen gewiß nur in der Ueberzeugung ersuchte, daß Deutschland ihn als seinen Vertreter und als seine Spitze anerkenne, ihm sein Vertrauen schenke und mit seiner Beruhigung sich selbst beruhige.

Die Thatsache der allerdings formlosen Anerkennung der preußischen Hegemonie ist nicht zu überschätzen. Sie ist nur eine Consequenz realer Verhältnisse, welche Napoleon III. überall berücksichtigt. Sie wird deshalb in der nationalen Presse, die sich auf der Basis der materiellen Hegemonie Preußens nur mit den Mitteln zu deren formaler Einführung beschäftigt, kaum hervorgehoben, während die österreichischen Organe aus anderen Gründen diesen Umstand gar nicht erwähnen. Dagegen darf man den Punkt auch nicht gering anschlagen. In die Vereinigung der Mehrzahl der deutschen Regierungen mit Oesterreich gegen Preußen, in den Versuch einiger Staaten, eine Mittelgruppe in Deutschland zu bilden, in die bundesrechtlichen Formen, wodurch Preußen in seiner Machtstellung beeinträchtigt wird, und in den Kampf um die Hegemonie in Deutschland, ist durch des Prinz-Regenten Vortritt in der neuesten und wichtigsten deutschen Frage eine auswärtige Rundgebung gefallen, wo das

reale und mächtige Deutschland zu suchen ist. Dieses Anerkenntniß wird seine weiteren Folgen haben.

VIII.

Es sind schließlich die Resultate des Badener Congresses in Bezug auf die innere deutsche Politik in Betracht zu ziehen. Diese sind nur negativ geblieben. Die Berathungen der in Baden versammelt gewesenen deutschen Fürsten haben auch in keinem Punkte zu einer Vereinbarung geführt. Auf der einen Seite standen Preußen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg und das Großherzogthum Baden, dessen Zutritt zur preussischen Politik mit Freuden zu begrüßen ist, auf der anderen die vier Königreiche Baiern, Württemberg, Sachsen und Hannover, außerdem Hessen-Darmstadt und Nassau.

Die Resultatlosigkeit ergibt sich aus den officiösen Telegrammen und Mittheilungen über die Conferenz, so sehr die österreichische Partei und deren Anhang und die officiële Presse der vier Königreiche bemüht ist, die Fortdauer der deutschen Conflicte zu vertuschen. Sie wird bestätigt durch das Festessen auf der Wilhelmshöhe, durch die Regierungsmaßregeln in Kurhessen und durch das Verbleiben der Minister in den antipreussischen Regierungen, unter denen wir nur die Namen v. Beust, v. Bories und v. Hügel nennen.

Wir dürfen dieses Ergebnis als kein nachtheiliges bezeichnen.

Der Glaube ist in Deutschland längst zu Grabe getragen, daß die Regierungen eine gründliche Reform der deutschen Verfassung, in welcher das Recht der Nation auf Einheit und Freiheit Anerkennung findet, sei es durch Bundesbeschlüsse oder durch persönliche Zusammenkünfte von Fürsten, zu Stande bringen werden. Die Geschichte erzählt nur von mißglückten Bestrebungen Preußens, in dieser Richtung vor 1848, von der an dem

Widerspruch der Regierungen gescheiterten Arbeit der Nationalversammlung zu Frankfurt, von der mißlungenen deutschen Union und von den nutzlosen Dresdener Conferenzen. Wie konnte man selbst bei dem besten Willen Preußens und dem mächtigen Einflusse des Prinz-Regenten voraussetzen, daß aus den vertraulichen Besprechungen in Baden, wo die Minister fehlten, wo Oesterreich und eine Menge anderer Staaten nicht vertreten war, eine befriedigende Neugestaltung des Gesamtvaterlandes hervorgehen werde?

Die nationale Partei setzte es auch nicht voraus. Wohl aber hatte sie Sorge vor einem Fürstencongreß in deutschen Angelegenheiten. Nicht als ob man von dem Prinz-Regenten von Preußen hätte annehmen dürfen, daß er in der Umgebung seiner fürstlichen Standesgenossen das deutsche Volk hätte vergessen oder seine nationale Politik hätte aufgeben können. Radicale Umwandlungen dieser Art sind bei einem gewissenhaften Manne unmöglich. Die öffentliche Meinung würde sich auch empören bei dem Gedanken, Preußen könne den Frieden mit Oesterreich und seine Verständigung mit Oesterreichs Anhängern um den Preis verhängnißvoller Concessionen und mit dem Abfalle von seiner liberalen und nationalen Politik erkaufen. Wohl aber war zu besorgen, daß, um wenigstens einzelne und nächste Einigungspunkte anzubahnen, um statt des Ganzen Etwas zu erreichen, von preussischer Seite einige wichtige Zugeständnisse gemacht werden könnten, deren Tragweite nicht abzusehen war. Ein magerer Vergleich in einem schon gewonnenen Prozesse, indem nur die Sentenz noch nicht publicirt ist! Ein Compromiß, das die von der Nation sehnsüchtig erwarteten Umwandlungen für längere Zeit vertagt oder verfälscht hätte!

Auch diese Besorgnisse sind gescheitert, theils an der hohen Einsicht und Charakterfestigkeit des Prinz-Regenten, theils an den Forderungen, welche die Fürsten der Mittelstaaten für die Gewährung von winzigen Concessionen ihrerseits aufstellten,

daß Preußen nämlich in der deutschen Frage seine nationale Politik, das heißt sich selbst, aufgebe. Und so können wir denn auch bei diesem negativen Ergebnisse des Badener Congresses für die inneren deutschen Verhältnisse, und bei der vor der Welt wiederholten Erklärung des Prinz-Regenten von Preußen, daß er fest halte an dem Wege, den er in Preußen und in Deutschland bisher eingeschlagen habe, der Zukunft und den Ereignissen gefaßt entgegensehen.

Baden, und die in Baden gewonnenen Resultate liegen weit ab von Osmütz.

Bei **Otto Wigand**, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

1792—1813. Deutschlands Erniedrigung durch Napoleon Bonaparte. Ein Spiegelbild für die Gegenwart. Von **F. Steger**. 16. 1860. 10 Ngr.

Deutschland und die Napoleoniden. gr. 8. 1859. 6 Ngr.

Politische Briefe aus Rußland. Von **Michail Pogodin**. Aus der russischen Handschrift übersetzt. 8. 1860. Broschirt 1 Thlr. 6 Ngr.

Der Ultramontanismus in Frankreich und Oesterreich. Ein kirchlich-politischer Tractat von **M. B. Field**. 8. 1860. Broschirt 15 Ngr.

Die Neugestaltung der österreichischen National - Bank. gr. 8. 1860. Broschirt 6 Ngr.

Die Schriftsteller. Das französische Schriftstellerleben. Sittengemälde und Bilder aus unserer Zeit. Deutsch von **E. Somburg**. 2 Bde. 8. 1860. Broschirt 2 Thlr. 10 Ngr.

Fünf Bücher vom Staate. Ein Beitrag zur Organisation der österreichischen Monarchie. Mit besonderem Rückblick auf Ungarn. Von **Colomann Grafen Majláth**. gr. 8. 1860. Preis brosch. 21 Ngr.

Oesterreichs Lage und Hülfsmittel. Denkschrift von **Isidor Heller**. 8. 1859. 10 Ngr.

Der Friede von Villafranca und die österreichische Monarchie. Von einem Conservativen des Jahres 1848. gr. 8. 1859. 10 Ngr.

Zur Finanzfrage Oesterreichs. gr. 8. 1860. Preis 8 Ngr.

Die Aufgaben Oesterreichs. 8. 1860. Preis 16 Ngr.

Militärische Aphorismen aus Oesterreich. Von einem österreichischen Soldaten. 1860. gr. 8. brosch. 12 Ngr.

Terra incognita. Notizen über Ungarn. Von **Jos. von Dross** und einigen Patrioten. gr. 8. 1860. Preis 1 Thlr.

Ueber das österreichische Concordat. Vom 18. August 1855
und die kirchlichen Zustände der Evangelischen in Oesterreich.
Von Dr. Heinrich Friedrich Jacobson, ord. Professor der
Rechte zu Königsberg. gr. 8. 1856. Preis 20 Ngr.

Beiträge zur Geschichte des Protestantismus in Ungarn.
Erstes Heft: Kurzer und wahrhafter Bericht von der letzten Verfolgung
der evangelischen Prediger in Ungarn, worin vorge stellt wird ihre Un-
schuld und die schreckliche Bosheit der parteiischen Richter, aus Haß
des Gottesdienstes an ihnen erwiesen. Aus dem Holländischen ins
Deutsche übersetzt.

16. 1860. Brosch. 7½ Ngr.

Zweites Heft: Nachrichten über den Zustand der Evangelischen in
Ungarn.

16. 1860. Brosch. 12 Ngr.

Römische Rache! Die Excommunication. 1860. gr. 8.
brosch. Preis 5 Ngr.

Rom, wie es ist oder Sitten, Gebräuche, Ceremonien,
Religion und Regierung in Rom. Aus dem Französischen des
Santo Domingo. Vierte Auflage. 8. 1860. 21 Ngr.

Edgard Mortara. Den Israeliten des 19. Jahrhunderts,
den Vätern und Müttern aller Nationen und aller Religionen
gewidmet. 8. 1860. Geheftet, Preis 4 Ngr.

Die Märtyrer unter den Naturforschern. Ein Vortrag
zu Gunsten der Humboldt-Stiftung gehalten zu Stettin am
7. Febr. Vom Prof. Dr. Emsmann. 8. Geh. 5 Ngr.

Türkische Rede nach besonderen Quellen. Ueber den Ab-
lauf der Orientalischen Angelegenheit um die Mitte des 19.
Jahrhunderts. Mit einem Anhang, enthaltend den Friedens-
vertrag vom 30. März 1856 nebst Erläuterungen. gr. 8. 1857.
Brosch. 25 Ngr.

Aus dem Gefängnißleben. Von Th. Delkers. 2 Bände.
8. Broschirt. 2 Thlr.
